

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhofs 282 - 285
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhofs 2800-2801

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Moskaus patriotischer Film.

Je drückender die Not auf der Arbeiterklasse lastet, je mehr die Verzweiflung in den proletarischen Massen um sich greift, desto größer die Erfolgsaussichten der verrücktesten Parolenfabrikanten. In Bayern, wo sich der Faschismus als notwendiger Erbe der Räterepublik hemmungslos ausbreiten kann, sind die Hitler und Ludendorff oben auf, und wenn nicht persönliche Futterkrippenfeindschaften sie von den Rupprecht-Monarchisten trennten, so wäre der reaktionäre Putsch schon längst zur Tatsache geworden. Die Kommunisten, die im Frühjahr 1919 mit ihrem Räteratswahn den Boden für den heute sich ausbreitenden Faschismus gedüngt haben, sind dort vollständig von der Bildfläche verschwunden oder vielmehr: sie füllen heute in Scharen die Reihen der Hakenkreuzler und bekämpfen sogar in der Hitler-Ludendorff-Partei führende Stellungen. Täglich enthält unser Münchener Parteiorgan neue Beispiele dieser fabelhaften Anpassungsfähigkeit. Leute, die in der Räterepublik als Räterevolutionäre spielten, sind jetzt am selben Orte Parteigrößen und Sturmtruppführer der Nationalsozialisten. Um einen besonders kuriosen Fall zu erwähnen: der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Graf ist nach der Einigung von Nürnberg zur Vereinigten Sozialdemokratie übergetreten und ist jetzt daher Mitglied unserer Landtagsfraktion. Wenn er nun jetzt etwa sein Mandat niederlegen würde, so wäre sein Nachfolger der nächste auf der damaligen kommunistischen Kandidatenliste, ein Herr Fieber, der jetzt eine ganz hervorragende Rolle in der Hitler-Partei spielt!

Wenn in Norddeutschland der Faschismus noch nicht die gleiche Machtentfaltung erlangen konnte und noch nicht zu der gleichen aktiven Gefahr wurde, wie in Bayern, so ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß es hier den Kommunisten bisher unmöglich gemacht wurde, den gleichen Räterekord zu inszenieren, wie einst im bayerischen Lande. Aber die norddeutsche Reaktion hat — im Gegensatz zu allen breiten Schichten der Arbeiterschaft — aus der Entwicklung der Ereignisse in Ungarn, Bayern und Italien gelernt. Sie weiß, daß der Bolschewismus ihr sicherster Schrittmacher ist. Deshalb steht sie das Treiben der Kommunisten mit Wohlgefallen, bekämpft sie den Bolschewismus nur noch der Form halber und um die Gefahr der verängstigten Agrarier und Industriellen leichter herauszulösen, setzt aber im geheimen ihre stärksten Hoffnungen auf die Fortschritte und auf die Dummheiten der Extremisten von links, und in privaten Zirkeln, wo die führenden Köpfe der Extremisten von rechts ihre Pläne besprechen und ihre Erfolgsaussichten wägen, wird es offen ausgesprochen: Warten wir erst die kommunistischen Putschversuche ab, um so sicherer gefangen wir dann sofort zur Macht. Dies erklärt auch zum Teil die sich neuerdings vollziehende Annäherung zwischen den beiden Extremen. Jeder glaubt, den anderen letzten Endes hineinlegen zu können, die Kommunisten, um sich die Waffen und die militärisch ausgebildeten Führer der Reaktion sichern zu können, die Reaktion, um die Arbeiterschaft zu bolschewistischen Wahnsinnstaten zu provozieren und dann um so schneller deren Erbschaft anzutreten.

Seit einiger Zeit haben sich die beiden Gruppen auf eine gemeinsame Agitationsparole geeinigt, welche lautet: Nieder mit der großen Koalition! Fort mit Stresemann, Hüfing und Seegering! Nieder mit der Kapitulation vor dem französischen Imperialismus! Hoch der passive Widerstand!

Diese Taktik hat beide Extreme in eine höchst eigentümliche Lage versetzt. Die Nationalsozialisten sehen sich gezwungen, obwohl es dem Wesen des Faschismus entspricht, die Prätorianergerade des rücksichtslosesten Kapitalismus zu bilden, die Antikapitalisten zu mimen; sie umgeben aber diese Schwierigkeit, indem sie ihren Scheinkampf gegen die bestehenden Klassen in rein antisemitische Formen kleiden und das internationale Finanzkapital, also die Juden, für alle Uebel der Welt einschließlich der Ruhrbesetzung verantwortlich machen. Die Kommunisten dagegen sind durch ihre neue Taktik gezwungen, immer mehr die Ueberpartisten zu markieren, was einer Partei, die sich auf die Traditionen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings beruft, immerhin etwas unerwartet anmutet. Wir wissen übrigens, daß es den meisten kommunistischen Arbeitern höchst unbehaglich dabei zumute ist, daß sie sich in diesem neuen Gewand gar nicht zurechtfinden, und daß es lediglich ihr fanatischer Glaube an die Allwissenheit und die Allmacht Moskaus ist, der sie veranlaßt, alle vaterländischen Burzelbäume mitzumachen, die ihnen von Karl Kadel und Ruth Fischer befohlen werden.

Am Schluß der gestrigen Landtagsitzung haben nun die Kommunisten unter mehr als wohlwollender Neutralität der Deutschnationalen ein patriotisches Theater aufgeführt, das an Widerslichkeit und Hirnverbranntheit alle ihre bisherigen Leistungen im preussischen Abgeordnetenhause übertraf. Wenn die Kay, Schulz, Roffi, Wolfstein und Genossen im Landtag toben, so ist die Unerschlichkeit ihres Treibens auf hundert Schritt zu merken. Man weiß: sie erfüllen dabei ihre Berufspflicht, genau so, wie Statisten bei einem Film, Schreden, Entrüstung, Jubel und Begeisterung auf Geheiß des Regisseurs zu markieren haben. Gestern lautete nun das Moskauer Filmmanuskript: „Die Staffage entrüstet sich über den Landes-

verrat der großen Koalition, der an der deutschen Nation durch die Kapitulation vor Poincarés vollzogen wird.“ Und so weitesterten Kay, Roffi, Wolfstein, Dahlem und Kompagnie an patriotischer Begeisterung für die Fortführung des Ruhrkrieges.

Der Film wird heute früh in der „Roten Fahne“ weiter gedreht. Er füllt fast die ganze erste Seite. Im Beitaritel wird auseinandergesetzt, daß man zwar, so lange keine proletarische Regierung in Frankreich am Ruder ist, doch wird bezahlen müssen, daß dies aber lediglich auf Grund eines proletarischen Reparationsprogramms geschehen dürfe. Und da ein wirklich proletarisches Reparationsprogramm unter einer Koalitionsregierung nicht durchgeführt werden könne, so müsse in Deutschland zunächst Revolution gemacht werden. Sodann heißt es:

Ueber einen bestimmten Zahlungsplan eines kommenden revolutionären Deutschland sich heute den Kopf zu zerbrechen, wäre müßige Spintifizerei. Denn niemand kennt heute die zahlenmäßige Grundlage, auf der ein proletarisches Deutschland mit einem bürgerlichen Frankreich zu einem Zahlungsabkommen gelangen würde.

Eintreten soll aber der passive Widerstand un- eingeschränkt fortgesetzt werden. Darüber nachzudenken, wie er finanziert werden soll, wie die fortschreitende Entwertung der Mark, die aus dieser Finanzierung entsteht, gehemmt und der wachsenden Not der deutschen Arbeiterklasse endlich Einhalt geboten werden kann, ist wohl für die „Rote Fahne“ ebenfalls „Spintifizerei“. Zunächst muß eben Revolution gemacht werden! Alles weitere wird sich dann schon finden.

Der Artikel der „Roten Fahne“ schließt mit Schallmellen an die Adresse der Linksoption in der Sozialdemokratischen Partei. Die Zeiten sind schwer und mancher zur Verzweiflung getriebene Arbeiter ist erklärlicherweise nahe daran, die Narven zu verlieren. Aber die deutsche Arbeiterklasse müßte wahrlich von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie die Berrücktheit der neuen kommunistischen Politik nicht erkennen würde und blindlings — oder gar sehend — den Sprung ins grenzenlose Elend und in die faschistische Knechtschaft tät, zu dem sie von den Rostauer Regisseuren heute aufgefordert wird.

Gefängnisstrafe für von Raehne jun.

Vor dem Schöffengericht in Wedder wurde heute der im Mai verurteilte Prozeß gegen Herrn von Raehne jr. verhandelt. Der junge v. Raehne war angeklagt, einen beim Holzdiebstahl ertappten Arbeiter Lucas aus Silabow schwer mißhandelt und dessen Frau mit Schlägen bedroht zu haben. Außerdem hatte er den Führer einer Wandervogelgruppe, einen Bankbeamten Torgeler, beschimpft und mißhandelt. Er wurde wegen Körperverletzung in zwei Fällen, wegen Mißhandlung und Mißhandlungsvorwurfs und wegen verbotenen Waffentragens zu 9 Monaten Gefängnis und 600 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Neue Revolution in Bulgarien?

Belgrad, 19. September. (Z.) Die Abendblätter berichten aus der Grenzstadt Zaribrod, daß in Bulgarien die Gegenrevolution ausgebrochen ist. Die vereinigten Kommunisten und Bauern haben in vielen Städten die Macht in ihre Hände genommen. In der Umgegend von Sofia und Philippopol seien große Unruhen ausgebrochen. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Weitere Kämpfe dauern an und die Bewegung wächst.

Druck auf die Börse.

Starke Abschwächung am Effektenmarkt.

Die Börse stand heute im Zeichen eines scharfen Tendenzumschwunges. Die überaus schwierige Geldmarktlage, die den Großbanken weitgehendste Krediteinschränkungen nahegelegt hat, übt einen ungewöhnlich starken Druck auf die gesamten Kurse aus. Die Nachfrage nach Geld ist außerordentlich stark. Man zahlt bei erstklassigen Unterlagen 4-6 Prozent, in einzelnen dringenden Fällen wurden sogar 10 Prozent verlangt und gezahlt. Neben dieser Geldkrise bilden aber die angekündigten währungsrechtlichen Maßnahmen für die Spekulation ein sehr wichtiges Motivelement. Man rechnet nunmehr bestimmt damit, daß durch die Schöpfung einer wertbeständigen Währung der seit Jahr und Tag andauernden Börsenstau und der allgemeinen Spekulationswut ein Ende bereitet wird.

Die heutige starke Abschwächung am Effektenmarkt gilt als erstes Symptom der langsamen Stabilisierung und Dislokationskrise. Besonders heftig betroffen wurden die sogenannten schweren Papiere, deren Kurse größtenteils halbiert waren. Am Devisenmarkt vollzieht sich die Erigerung ebenfalls unter dem Druck der Geldknappheit in etwas langsamerem Tempo. Es kommt von verschiedenen Seiten ein Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln heraus, außerdem dauern die Interorientierungsverläufe in direktem Auftrage des Reichsfinanzministeriums an. Der Dollar wurde heute in der ersten Börsenstunde mit 160 bis 170 Millionen, das englische Pfund mit 800 Millionen gehandelt.

Gesetzesänderung Groß-Berlin.

Von Stadtrat Schünning.

Wir veröffentlichen diese Zuschrift des Genossen Schünning zu der wichtigen Frage der Entwicklung Groß-Berlins, trotzdem wir nicht ganz die Hoffnung teilen, daß der Landtag sich von rein sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen wird. Die Geschichte der Anträge auf Abänderung des Groß-Berlin-Gesetzes spricht dagegen und läßt es uns richtiger erscheinen, die — zweifellos notwendige — Reform sich in Berlin selber ausreifen zu lassen.

Die Frage, ob das Gesetz „Groß-Berlin“ einer Revision zu unterziehen ist, wird von den Kreisen, die der Materie näherstehen, eher bejaht als verneint.

Der Landtagskommission liegt nicht nur die Denkschrift des Oberbürgermeisters vor, sondern sie hat auch die 20 Bezirksbürgermeister zur schriftlichen Stellungnahme aufgefordert. Der Oberbürgermeister vertritt die Auffassung, daß die kommunalen Organe die Angelegenheit selbst regeln können. Doch dürfte diese Auffassung kaum zum Erfolg führen. Die Bürgermeister der Bezirke sind alle von der Notwendigkeit einer Abänderung des Gesetzes überzeugt, wenn auch einige von ihnen die Zeit dafür als noch nicht gekommen erachten.

Die Territorialfrage dürfte kaum größere Bedeutung erlangen. In der Hauptsache dreht es sich darum, die Machtbefugnisse zwischen dem zentralen Magistrat und den Bezirksverwaltungen neu zu regeln. Die Lösung dieses Problems ist keinesfalls einfach und ohne eine durchgreifende Verwaltungsreform kaum erreichbar. Diese Verwaltungsreform ist aber auch aus anderen Gründen dringend geboten. Die heutige Zeit erfordert eine möglichst einfache und zielbewußte Verwaltung. Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß die Verwaltung Groß-Berlins außerordentlich kompliziert ist und demzufolge alles andere denn zielbewußt und schnell arbeiten kann und dabei ungeheure Summen verschlingt. Voraussetzung für eine Abänderung des Gesetzes ist allerdings, daß der Landtag die parteipolitischen Interessen nicht in den Vordergrund stellt, sondern sich von praktischen verwaltungstechnischen Gesichtspunkten leiten läßt. Wir brauchen eine schnell und sicher funktionierende Kommunalverwaltung; daß diese heute nicht vorhanden ist, liegt weniger an den Personen, sondern vielmehr an der Organisation. Die einzelnen kommunalen Angelegenheiten müssen oft ein Duzend und mehr Instanzen passieren, ehe sie ihre Erledigung finden. Selbst dringende Sachen brauchen oft Monate bis zu ihrer Verabschiedung. Der Außenstehende kann sich kaum eine Vorstellung von dieser Verhandlungsmethode machen. Als Beratungskörperschaften kommen in Frage: Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Deputation, Ausschüsse, Unterausschüsse, Bezirksämter, Bezirksversammlungen, Bezirksdeputation und -ausschüsse usw., Bürgermeisterkonferenz, gemeinsame Beratungen zwischen Magistrat und Bürgermeister, ferner die Einzelberatungen der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen. Dieser gesamte parlamentarische Apparat von rund 1300 Köpfen wirkt infolge seiner Größe und seiner Gliederung hemmend auf die Kommunalverwaltung. Welche Unsumme kostbarer Zeit wird hier unnütz vergeudet! Dazu verursacht die Erhaltung dieses parlamentarischen Apparates riesige Kosten. Nach den Sätzen vom 1. September betragen die jährlichen Ausgaben in Milliarden Mark: für den Magistrat 283, für die Stadtverordnetenversammlung bei 45 Plenarsitzungen und den erforderlichen Deputations- und Ausschusssitzungen 44, für die Bezirksämter 2737, Bezirksversammlungen bei 12 Plenar- und den erforderlichen Ausschusssitzungen 65, also zusammen über 3,1 Milliarden Mark. Diese hohen Unkosten sollten mit Veranlassung zu einer möglichst einfachen Verwaltung geben. Wenn die einzelnen kommunalen Hauptorgane in ihrer bisherigen Gestalt bestehen bleiben und nur eine Abgrenzung ihrer Zuständigkeit erfolgt, wird an dem bisherigen unproduktiven System wenig geändert werden. Die Interessen der Bezirke und die Interessen der Zentrale müssen identisch und nicht gegensätzlich sein. Dies ist nur durch eine Personalunion zu erreichen. Die Vorstehenden der Bezirke müssen Mitglieder der zentralen Verwaltung sein. Dabei kann man von der Voraussetzung ausgehen, daß an Stelle der 20 Bezirke 10 Bezirke vollausgeübt würden. Ein Magistrat von höchstens 30 Mitgliedern inklusive der Bezirksamtsvorstehenden wäre zur Führung der Geschäfte vollkommen ausreichend. Die Bezirksversammlungen in ihrer bisherigen Form müßten verschwinden und dafür die in dem Bezirk gewählten Stadtverordneten die Funktion der Bezirksverordneten ausüben. Die Bezirksämter brauchen ebenfalls nicht so stark wie jetzt besetzt zu sein. Durch dieses System würde erreicht, daß die speziellen Interessen der Bezirke sowohl im Magistrat als auch in der Stadtverordnetenversammlung zur vollen Geltung kämen und umgekehrt die zentralen Gesichtspunkte sich wiederum in den Bezirken reibungslos auswirken würden. Bei einer solchen Regelung würde der gesamte parlamentarische Apparat 300 bis 350 gegen jetzt über 1300 Personen umfassen. Die vorher erwähnten Ausgaben würden sich auf rund 25 Proz. ermäßigen, aber der Haupterfolg würde darin bestehen, daß der In- stanzweg naturnotwendig verkürzt und die Kompetenzstreitigkeiten auf ein Minimum reduziert würden. Allerdings muß dafür gesorgt werden, daß überall die richtigen Leute an die richtige Stelle gesetzt werden, da das Funktionieren der Verwaltung nicht nur eine Organisation, sondern auch im Parken Maße eine Personalfrage ist.

Wenn also an eine Aenderung des Gesetzes „Groß-Berlin“ herangegangen wird, dann sollte man auch ganze Arbeit machen. Der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer doch unhaltbar, er bedrückt niemanden, sondern zermürbt die wirklich produktiven Kräfte der kommunalen Verwaltung. Die Fehler unserer kommunalen Verwaltung liegen tiefer, als der Außenstehende ahnt. Will man eine reibungslos gut funktionierende Verwaltung schaffen, dann muß der ganze überflüssige Ballast über Bord geworfen werden. Je früher dies geschieht, je besser ist es.

Die sächsischen Arbeiterkammern.

Celzig, 18. September. (Eca.) Das sächsische Gesamtministerium hat den Befehl erlassen über die Arbeiterkammern verabschiedet. Es wird danach für ganz Sachsen eine Landesarbeiterkammer gebildet, die sich in Fachabteilungen, Bezirksarbeiterausschüsse, Fachausschüsse und sonstige Ausschüsse gliedert. Die Landesarbeiterkammer selbst zählt 120, die Fachabteilung für Handel, Industrie und Bergbau 68, die für Handwerk und Abingewerbe 14, die für Land- und Forstwirtschaft 24 und die für die übrigen Berufs- und Gewerkszweige 14 Mitglieder. Die Landesarbeiterkammer, die Bezirksausschüsse, die Fachabteilungen und die Fachausschüsse sind gesetzlich geordnete Berufsständevertragskörper mit bestimmten, begrenzten Aufgaben. Wahlberechtigt zur Arbeiterkammer sind alle mindestens 18 Jahre alten Arbeiter, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, die im Bereiche der Landesarbeiterkammer tätig sind oder, soweit sie arbeitslos, vor Eintritt der Arbeitslosigkeit tätig waren.

Die thüringische Krise.

Die Entscheidung veragt.

Weimar, 19. September. (Ill.) Auf Wunsch der sozialdemokratischen Partei Thüringens wird die für den heutigen Mittwoch geplante Landtagsitzung, in der die Neubildung der Regierung und der Antrag auf Landtagsauflösung beraten werden sollte, auf Donnerstag, den 27. September, verschoben, da die Vorarbeiten für die Regierungsbildung noch nicht weit genug fortgeschritten sind.

Lebensmittelversorgung des Rheinlandes.

Frankfurt a. M., 19. September. (Wib.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Mainz hat der Provinzabgeordnete der Provinz Rheinhessen, Oberst Bastiani, zur Erörterung der Frage der Lebensmittelversorgung eine Anzahl deutscher Wirtschaftsvertreter zu einer Konferenz geladen. Der Oberst empfiehlt, jetzt schon Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Es sei zu erwarten, daß beide Regierungen hierüber bald zu einer Einigung kommen. Die Errichtung großer Stapellager von Nahrungsmitteln an verschiedenen Plätzen sei geboten. Man werde Erleichterungen gewähren. Kommerzienrat Ronenberg bemerkte, daß sich die Errichtung derartiger Lager erübrige, da sie durch den Großhandel bereits vorhanden seien. Nur sollte man mit dessen Vertretern die Frage der Beschaffung der nötigen Gelder beraten. Die Franzosen beabsichtigen, diese Besprechungen fortzusetzen.

Le Trocquer im Ruhegebiet.

Paris, 19. September. (Wib.) Havas berichtet aus Düsseldorf über die Reise des Ministers für öffentliche Arbeiten Le Trocquer, er habe in Begleitung des Generals Dequatte und einiger Beamten der Internationalen Technischen Mission seine Inspektion mit einer Besichtigung der Grube Victor begonnen. Heute vormittag habe der Minister einige Kabinets- und Brauchschleppgruben besichtigt. Nach den Morgenblättern wird er heute abend nach Paris zurückreisen.

Die Franzosen erheben Steuern.

Münster, 19. September. (Ill.) Wegen einer von den Franzosen in Dortmund verhängten Getränkesteuer haben die Gastwirte ihre Lokale bis auf weiteres geschlossen.

Bestaandnahme bei der Phönix A.-G.

Dulsburg, 19. September. (Ill.) Die Phönix Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Abteilung Ruhrort ist von Belgiern heute einige Stunden besetzt worden, um eine Bestandauf-

nahme zu machen. Nach Aufnahme des Bestandes verlassen die Belgier wieder das Werk. Die Arbeiter hatten während dieser Zeit als Protest die Arbeit niedergelegt.

Eine dreimalige Lohnzahlung in der Woche.

Buer, 19. September. (Ill.) Die Belegschaften der staatlichen Gruben sind am Mittwoch wieder eingefahren, nachdem sie die Zusicherung erhalten hatten, daß ihre Forderungen auf wöchentlich dreimalige Lohnzahlung angenommen werde, sobald die erforderlichen Mittel dafür vorhanden seien.

Die tägliche Verleumdung.

Der „Lokal-Anzeiger“ behauptet heute morgen, daß zu einer Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaften über die „Einstellung des passiven Widerstandes“ die Christlichen Gewerkschaften nicht eingeladen seien. Diese Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“ kann wohl nur aus der Absicht, die Regierung zu verleunden, erklärt werden. Denn eine einfache Anfrage hätte ergeben müssen, daß die Christlichen Gewerkschaften zu dieser Besprechung eingeladen waren und an ihr teilgenommen haben. Selbstverständlich sind auch die übrigen Bemerkungen, die der „Lokal-Anzeiger“ an seine Meldung anknüpft, vollkommen hinfällig. Die Gegenüberstellung der vaterländischen Bestimmung der Christlichen Gewerkschaften mit den verräterischen Absichten der Freien Gewerkschaften entspringt lediglich dem Wunsche des „Lokal-Anzeigers“, Verwirrung zu stiften.

Besprechung Poincaré-Baldwin.

Paris, 19. September. (Wib.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ werden an der heutigen Besprechung Poincarés mit Baldwin voraussichtlich Sir William Tyrrell und französischerseits Barkton sowie der juristische Sachverständige Caroze teilnehmen.

Der englisch-französische Pakt.

London, 19. September. (Wib.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Keine britische Regierung könnte jemals den von Poincaré niedergelegten Bedingungen in einem englisch-französischen Pakt zustimmen, der militärische Zusagen und Unterstühtungen für Polen vorsehe. Die Zukunft der britischen Außenpolitik werde in der Hauptsache durch die bevorstehende Reichskonferenz bestimmt werden.

„Westminster Gazette“ schreibt, Poincaré und Baldwin müßten die Gefahren erkennen, von denen Europa bedroht sei. England wünsche, daß in der Reparationsfrage eine Regelung erzielt wird, die vollkommen fair gegenüber Frankreich sei, und das englische Volk sei bereit, den größtmöglichen Beitrag zu diesem Zwecke zu leisten. Augenblicklich habe Poincaré den Schlüssel für die Lösung des europäischen Problems in Händen. Werde er bereit sein, ihn zu gebrauchen?

Ruhrkredite und neue Währung.

London, 19. September. (Wib.) „Manchester Guardian“ führt in einem Leitartikel aus, daß die Einstellung der Unterstützung des Ruhrgebiets die finanzielle Lage Deutschlands verbessern werde, aber den Verfall der Mark nicht aufhalten könne. In Verbindung mit einer energischen Durchführung neuer Steuern würde die Einstellung der Unterstützung doch wenigstens eine bessere Aussicht für die neue Währung bieten, die die deutsche Regierung jetzt zu schaffen suche. Alles, was danach aussehe, daß es die Verlängerung des Widerstandes gegen den französischen Druck ermögliche, würde die Stellung der deutschen Regierung bei den Verhandlungen stärken, was sogar die französische Regierung veranlassen könnte, sich auf Bedingungen einzulassen. Das Blatt erklärt, wenn die Unterstühtungen durch Geld und Lebensmittel aus dem unbefrehten Deutschland aufhörten, so würde den Franzosen die alleinige Verantwortung für die Verwaltung der besetzten Gebiete zufallen und sie würden gezwungen sein, eine gewisse Zeit hindurch die Unterstühtungen zu zahlen. Verkehrsweisen und Gütererzeugung im Ruhrgebiet seien derartig in Unordnung geraten, daß es im besten Falle beträchtliche Zeit dauern würde, bis wieder Erwerbsmöglichkeit für die gesamte Bevölkerung geschaffen werden könne.

Vor neuen Erklärungen Poincarés.

Paris, 19. September. (Wib.) Wie das „Echo de Paris“ meldet, wird Ministerpräsident Poincaré am nächsten Montag die Erklärungen, die er in dieser Woche in der Reparationsfrage abgegeben hat, in gewissen Punkten vervollständigen.

Die Unruhen in Lörrach.

Lörrach, 18. September. (Ill.) Die Unruhen in Lörrach dauern noch an. Heute kam es wieder zu einem Zusammenstoß. Im ganzen wurden zwei Demonstranten verwundet, von denen einer bereits gestorben ist. Die Fabrikanten haben ihren Arbeitern bereits eine Abschlagszahlung auf die Wirtschaftsbeihilfe geleistet. Verschiedene Fabrikanten haben jedem ihrer Arbeiter 15 Schweizer Franken ausgezahlt. Die Schokoladenfabriken haben noch zehn Pfund Zucker jedem Arbeiter gegeben. Andere Firmen haben ihren weiblichen Angestellten 110 und den männlichen 130 Millionen als Abschlagszahlung auf die Wirtschaftsbeihilfe ausgezahlt. Die Sicherheitspolizei hat den Sperrbezirk weiter ausgedehnt.

Eisenbahn- und Post-Stillelegung im Lörracher Gebiet.

Lörrach, 18. September. (Ill.) Der Eisenbahnverkehr ist nahezu vollständig stillgelegt. Von der Schweizer Grenze werden keine Güterzüge mehr auf badisches Gebiet angenommen, da ein Teil der Eisenbahnarbeiter sich mit den Streikenden in Lörrach solidarisiert hat. Auch der Postverkehr ist in Lörrach eingestellt, nur der Telephon- und Telegraphenverkehr funktioniert noch. Die als Geiseln festgenommenen Personen sind im Laufe des Dienstes von den Demonstranten wieder freigegeben worden, sie haben aber so schwere Mißhandlungen erlitten, daß sie das Krankenhaus aufsuchen mußten.

Generalfreik in Freiburg.

Freiburg, 18. September. (Ill.) Heute mittag wurde hier der Generalfreik erklärt. Die Demonstranten stellen die gleichen Forderungen wie diejenigen in Lörrach. Die Ruhe ist bisher nirgends gestört worden. Schutzmannschaft und Gendarmarie wurden verstärkt.

Erwerbslosennot.

Groß-Gerau, 19. September. (Wib.) Nach dem Groß-Gerauer Tageblatt haben die Erwerbslosen, denen zurzeit Unterstützungsgelder nicht ausgezahlt werden konnten, gestern das Kreisamt besucht. Die Erwerbslosen behaupten, daß das Kreisamt die erforderlichen Gelder besitze und nur nicht herausgeben wolle; sie haben weiter an die Firma Opel in Rüsselsheim das Ersuchen gerichtet, Rotgeld zu drucken, und da die Firma dies verlangen ablehnte, geholt, heute nach den Opel-Werken zu ziehen und den Druck des beanspruchten Geldes zu erzwingen.

Nach einer Meldung der Ill. stellen sich diese Nachrichten über Erwerbslosennunruhen in Kreise Groß-Gerau als stark übertrieben heraus. Es hat eine Demonstration der Erwerbslosen vor dem Kreisamt stattgefunden. Um Ausschreitungen zu verhindern, hatte eine Anzahl befahrener Elemente das Kreisamt besetzt. Das Währte zu falschen Gerüchten, daß das Kreisamt von Kommunisten besetzt sei und ein Zentralrat die provisorische Regierung an sich gerissen habe.

Vorgehen gegen Brotwucherer. Die anhaltende Staatsregierung hat gegen alle Vätermeister, die nach Beschluß der Dessauer Väterinnung vom 12. September für ein markenfreies Brot 9 Millionen Mark genommen hatten, Strafsatz wegen Wuchers gestellt, weil nach den Ermittlungen der amtlichen Preisprüfstelle höchstens 7 Millionen Mark genommen werden durften.

Epp nicht „verabschiedet“. Die aus München in durchsichtiger Absicht verbreitete Meldung verschiedener Blätter, daß General v. Epp auf Betreiben Zeiglers verabschiedet sei, ist, wie das Reichswehrministerium mittelst nicht zutreffend, General v. Epp hat lediglich die Mitteilung erhalten, daß er mit einer Verwendung in einer höheren Dienststelle nicht mehr zu rechnen habe. Hierfür sind keine politischen, sondern lediglich militärische Gründe (Altersgrenze) maßgebend gewesen.

Die Wahlpflicht in der Tschechoslowakei haben in Prag allein 50 000 Personen verjäumt und sollen vor Gericht gestellt werden.

Virtuosin der Behaglichkeit.

Deutsches Theater: „Pygmalion“ von Bernhard Shaw.
Frau Käthe Dorsch kann dafür sorgen, daß die Behaglichkeit nicht aus der Welt verschwindet. Sie ist die große Künstlerin zur Erfüllung jedes Kosportogetraumes. Es ist sehr möglich, daß hochgebildete Männer und sehr einfältige Mädchlein, die sich in der Welt nicht zurechtfinden, durch die Kunst der Frau Dorsch für zwei Stunden von ihrer Kümmeris abgelent werden. Denn diese Schauspielerin hat ein begütigendes Rächeln, das einer guten Medizin gleich wirkt. Sie bedient sich ihrer Stimme wie eine entzückende Kinderwärterin. Sie schwemmt den Verstand gewiß aus den Köpfen weg, und es bleibt wenig Philosophie übrig, aber sie weckt das Herz, das vielleicht schon eingeschlafen war, immer wieder auf. Sie ist selber ein Herzchen, nicht ein großes Herz, alles Artige, alles Volksliedmäßige paßt sehr gut zu ihr. Kunsttrichter haben sich manchmal bemüht, die nicht sehr breite Grenze zu ziehen, die solche Annuit des Behaglichen von der Hebdelt des nur Wäppischen trennt. Frau Dorsch würde die strengen Herren ein wenig entwallnen, denn sie hüpf mit ihrer großen, nun schon sehr gut entwickelten Virtuosität über diese gefährliche Grenze des Geschmacks.
Gibt man ihr Bernhard Shaw zu spielen, d. h. den sehr geläuterten Wit, die Wetterfahrenheit, die sich hinter der Farce verbirgt und den Mut, die soziale Borniertheit wegzudrängen, dann verkleinert Frau Dorsch die Dinge und Gedanken beträchtlich. Sie macht auch aus ihrem Londoner Gassenmädchlein, das durch ein Gelehrtenexperiment zum fühlenden Weibe aufgeweckt wird, eher eine behagliche Operettendiva als eine klingende und geistreiche Schauspielerin. Sie verwandelt das Lustspiel Bernhard Shaws, das zwar lachend, aber sehr herbe gegen das ausgeblasene Gelehrtentum, Bürgertum, besonders gegen den englischen Speen und Wohlthätigkeitsne zu Felde zieht, in eine kurlöse Posse. So bequem läßt sich aber der Shawsche Geist nicht überwinden. Shaw darf nicht mit irgendeinem Blumenshal verwechselt werden. Er ist gepfeffert als Frau Dorsch, seine angenehme, honigsaße aber bedenklich grende Umbeuterin. Wenn Shaw nur „geschmissen“ werden soll, dann wird er umgeschmissen. Die Aufführung des Deutschen Theaters, die nur auf den dicken Erfolg hinarbeitet, obwohl Berner Frau, Margarete Kupfer, Max Gälstorff und Gertrud Eysoldt daran beteiligt waren, suchte nichts als solche Paradedarstellungen.
Das ist der Geist, der dem Ungeist am Theater dient. Man glaubt in die Brüche zu gehen, wenn man dem Mann im Parkett energischer Arbeit des Gehirns zumutet. Der Effekt allein wird ertrudt, das Künstlerische, das zarter blühen müßte, wird vermieden. Das Virtuosenentum wird verhäßlich. Solche Virtuosität, die nur auf Behaglichkeit hinarbeitet, kann routinierte Kunst sein, sie ist aber halbe Kunst, sie ist darum auch keine soziale Kunst im

höheren Sinn. Wer es mit dem Theater ernst meint, auch mit dem Lustspiel, auch mit der wihigen Posse, die sehr verschieden ist von der wihelnden Posse, der muß beizeiten danor warnen, daß dieses neue Kunstrezept immer wieder gebraut werde.
Max Hochdorf.

Die beste Arbeitshaltung.

Die Güte und Menge der menschlichen Arbeit ist von der körperlichen Haltung abhängig, in der sie getan ist. Bisher hat man aber nur in der Schule und überhaupt bei Kindern der Arbeitshaltung größere Aufmerksamkeit zugewendet, die günstigste Schreib- und Sitzhöhe festgestellt und danach Tische und Bänke eingerichtet. Für die meisten anderen Arbeiten des täglichen Lebens ist wenig gesehen. In einem Aufsatz der „Umschau“ macht Georg Willmod darauf aufmerksam, daß dadurch viele körperliche Schädigungen und Verringerung der Arbeitsleistung hervorgerufen werden. Beim Bau der Arbeitsmittel, von Werkzeugen, Maschinen und Geräten aller Art wird man mehr als bisher diejenigen Gesetze berücksichtigen müssen, die eine richtige Ausnutzung der Schwere des Körpers und der Gliedmaßen sowie der Schwerpunktlage für die betreffende Arbeit gestatten. Die Bedienung der Maschinen und Geräte hat aus einer Stellung zu erfolgen, die ein Mindestmaß an Muskelanstrengung erfordert. Aber auch beim Gehen oder Stehen während der Arbeit ist das Gleichgewicht des Körpers aufrecht zu halten, denn jede gebückte oder schiefte Haltung verursacht durch verstärkte Zusammenziehung der Muskeln eine solche Mehrbelastung des Körperbaues, daß der Einfluß auf Arbeitsdauer und Arbeitsgüte sehr beträchtlich ist.
Als Beispiel führt der Verfasser die vielfache Verwendung von geraden Schemeln an, bei Arbeiten in Röhren, an der Schreibmaschine usw. Genaue Untersuchungen ergaben, daß die Schemel zu hoch sind, wodurch die Füße der Arbeiterinnen den Fußboden nur mit den Zehenspitzen berühren. Um den Oberkörper gerade zu halten, mußten die großen Muskelpartien des Rückens beständig eine bedeutende Arbeit leisten und die Scharf wurde dadurch sehr anstrengend, bei einer achtstündigen Arbeitsdauer nahezu unerträglich. Die ungünstige Haltung ließ die Arbeitsmenge immer geringer werden, so daß sie am Schluß der Arbeitszeit auf etwa 50 Proz. sank. Während die eigentliche Tätigkeit nur Arm- und Handmuskulatur in Anspruch nahm, werden durch den schlechten Sitz große Gebiete der Skelettmuskeln unnötig für rein haltende Zwecke angefordert. Willmod hat einen Stuhl konstruiert, durch den die Skelettmuskeln entlastet werden und damit die Ermüdung bei der Arbeit bedeutend verringert. Wichtig für die Arbeitsleistung ist auch, die notwendigen Bewegungen so klein wie möglich zu halten. Weitausgedehnte Bewegungen erfordern stets die Arbeit großer Muskelpartien und bedingen eine Verschiebung des Körperschwerpunktes. Schaltet man diese unnötigen Bewegungen aus oder beschränkt sie auf ein Mindestmaß, was durch bequemere Sitzgelegenheit und vereinfachte Gestaltung des Arbeitsstoffes erreicht werden kann, so wird damit stets eine weitere Erhöhung der Gesamtleistung, bis zu 26 Proz., erzielt.

Tiere auf Ferienteisen.

Die alte Fabel von der Stadtmaus und der Feldmaus schließt eine sehr richtige Beobachtung in sich, denn man hat beobachtet, daß Räuse und Ratten, besonders aber die letzteren, richtige Ferienteure unternehmen und beträchtliche Strecken weit von ihren ursprünglichen Aufenthaltsorten wogwandern. Besonders der Herbst ist die Zeit, in der die Ratten auf Reisen gehen. Ganze Heere dieser Tiere verlassen dann die Städte, um fröhliche Herbstwachen auf den Feldern zu verbringen und sich an dem reichbestellten Tisch der Natur gütlich zu tun. Denn die Ratten, obwohl sie auch Fleischfresser sind, bringen doch gern Abwechslung in ihre Nahrung und wenden sich dann dem Korn, Beeren und Nüssen zu. In den Höhenhöfen muß man im September sehr darauf acht geben, daß die Stadtratten sich nicht über die Eier hermachen, die sie zwar selten fressen, aber zu ihrem Vergnügen fortzuschleppen. Ein englischer Naturforscher, der die Ratten bei ihren Reisen genau studiert hat, berichtet, daß sie nicht nur auf Schiffen ihre Fahrten machen, sondern auch Eisenbahnlüge benutzen und bei einer Station den Zug verlassen, um sich über die aufgespeicherten Vorräte herzumachen.

Ein anderes Tier, dessen Reisen man besonders in England gut beobachten kann, ist die Otter. Sie lebt während des Sommers in den Gewässern des Binnenlandes überall da, wo Frösche und Muscheln zahlreich sind. Aber im Winter begibt sie sich nach dem Meer, weil sie dann dort ihre Nahrung besser findet. Ottern reisen sehr schnell; 60 Kilometer in einer Nacht zurücklegen, ist für sie gar nichts; sie schwimmen zwar gewöhnlich die Flüsse entlang, kommen aber auch mit ziemlicher Schnelligkeit auf dem Lande fort. Unter den Amphibien ist der Seehund der größte Reisende. Seehunde, die in ganz jungem Alter an der Küste von Alaska gezeichnet wurden, fand man dann in der Antarktis wieder, nachdem sie einen Weg von etwa 14 000 Kilometern zurückgelegt hatten. Die Gründe für diese riesigen Reisen der Robben sind noch nicht bekannt.

Ein fünfjähriges Sprachgenie. Die Höchstleistung in Sprachkenntnissen dürfte unter allen Kindern ihres Alters nach den Berichten englischer Blätter ein kleines Mädchen halten, das jetzt mit ihren Eltern aus China zurückgekehrt ist. Es ist die fünfjährige Tochter eines englischen Beamten bei der chinesischen Post, Marie Lucie Cammiade, die fließend englisch, französisch, russisch und chinesisches spricht. Die Kleine eignete sich die Sprachen, die um sie herum gesprochen wurden, mit erstaunlicher Schnelligkeit und Sicherheit an. Englisch lernte sie von ihrem Vater, französisch von ihrer Mutter, russisch von Bekannten, die in Tiensin im Hause ihres Vaters verkehrten. Chinesisch brachte ihr die Diensthofen bei.

Der Orchesterdirektor in der Volkshalle wurde gestern abend durch Vergleisch besudet und der Theaterbetrieb sofort wieder aufgenommen.

Das Deutsche Landestheater in Darmstadt, das bereits im Winter 1921/22 dadurch ausfiel, daß es trotz der Unruhen der Bestverhältnisse zu dem schon bestehenden Großen Haus ein „Kleines Haus“ eröffnen konnte, hat seine Abmtenzahl damit steigern können, daß in dieser Spielzeit weit über 10 Proz. der gesamten Einwohnerzahl von Darmstadt aus Abmten bestet.

